

An das Büro des Stadtrates

Jena, 07.10.2016

Beschlussvorlage: Beschluss von Tarifänderungen des Jenaer Nahverkehrs durch den Stadtrat

Vorliegender Beschluss zum Sachverhalt: Stadtrat Nr. 15/0515-BV vom 23.09.2015

Der Stadtrat möge beschließen:

001 Beschluss 15/0515-BV, Unterpunkt 003 „Tarifmaßnahme Verbundtarif Mittelthüringen zum 01.01.2016“ (15/0515-BV) vom 23.09.2015 wird aufgehoben. Alle Tarifänderungen, die den öffentlichen Nahverkehr der Stadt Jena, werden im Stadtrat diskutiert und zu beschließen.

Begründung:

Der öffentliche Nahverkehr gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Daseinsvorsorge, auch unter den Gesichtspunkten des Umweltschutzes und der Verkehrsvermeidung. Mobilität sollte zu sozial ausgewogenen Preisen angeboten werden. Ein fahrscheinloser Nahverkehr könnte die Attraktivität von Bus und Straßenbahn deutlich erhöhen. Eine Studie im Auftrag der Berliner Piratenfraktion zeigte die grundsätzliche Machbarkeit (https://www.piratenfraktion-berlin.de/wp-content/uploads/2015/06/Piratenfraktion_Studie_Fahrscheinloser_OEPNV_Berlin_Juni_2015.pdf). Erfahrungen aus der belgischen Stadt Hasselt zeigen, dass fahrscheinloser Nahverkehr auch praktisch funktionieren kann. Lediglich durch veränderte politische Mehrheiten im Rathaus wurde das System 2013 auf Menschen unter 19 Jahren beschränkt. Zuvor hatte es 16 Jahre lang funktioniert. Von derart innovativen Ansätzen ist Jena weit entfernt. Selbst über den Nutzen der Mitgliedschaft im VMT wird nicht öffentlich diskutiert, obwohl die Antwort auf die Große Anfrage der Zählgemeinschaft FDP/Piraten deutlich machte, dass die große Mehrheit der Jenaer keinerlei Vorteil durch den Verbund hat, finanzieller Nutzen für die Stadt nicht nachweisbar ist und keine regelmäßige Überprüfung der Effektivität stattfindet.

Zudem zeigt sich, dass Tarifierhöhungen von über 5 % **im Durchschnitt** praktisch nie vorkommen, da immer nur entweder die Preise für Einzelfahrscheine oder für Abokarten erhöht werden. So sind für einzelne Angebote deutlich stärkere Erhöhungen möglich, ohne dass die Möglichkeit besteht, die Auswirkungen auf das Mobilitätsverhalten der Bürger und die soziale Verträglichkeit im Stadtrat zu diskutieren.

Es ist schwer nachvollziehbar, dass der Stadtrat freiwillig auf das Recht zur politischen Debatte und Entscheidung in einer so grundlegenden Sache wie der öffentlichen Mobilität verzichtet. Ich beantrage deshalb die Aufhebung der freiwilligen Rechtaufgabe.

Heidrun Jänchen